Geld für Zentren in Städten & Gemeinden

Projekt gestartet | Über Dorf- und Stadterneuerung bzw. Regional GmbH sollen Innenstädte und Ortszentren attraktiviert werden.

Von Walter Fahrnberger

Leer stehende Geschäfte, renovierungsbedürftige Fassaden, entvölkerte Hauptplätze. Ein solches Bild bietet sich in den Städten und Dörfern Niederösterreichs immer öfters. Diesem Trend, der vor allem durch Einkaufszentren an den Stadträndern bzw. durch den Online-Handel hervorgerufen wurde, will das Land nun entgegensteuern. Dafür ist ein Pilotprojekt der Dorf- und Stadterneuerung ins Leben gerufen worden, das am Freitag in Pöchlarn im Bezirk Melk präsentiert wurde.

Und die Nibelungenstadt wurde dafür nicht zufällig ausgewählt. Denn dort hat sich bereits gezeigt, wie eine Attraktivierung der Innenstädte aussehen kann. „Pöchlarn ist ein Vorzeigeprojekt. Dieses Beispiel soll Schule machen“, betonte Landeshauptmann Erwin Pröll.

Im Jahr 2009 ist Pöchlarn zum zweiten Mal mit dem Programm der Dorf- und Stadterneuerung gestartet. Und seither ist im Stadtzentrum kein Stein auf dem anderen geblieben. Häuser und Grundstücke von fünf Vorbesitzern wurden erworben, um das Innenstadtzentrum zu realisieren. Hatten davor auf einer Fläche von 2.500 Quadratmetern nur mehr fünf Personen gewohnt, bietet das neue Zentrum jetzt viel mehr.

„Wir haben für das Projekt drei Millionen Euro in die Hand genommen, die Hälfte davon wurde vom Land NÖ gefördert“, erklärt Bürgermeister Franz Heisler, der trotz noch leer stehender Wohnungen und freier Verkaufsflächen zuversichtlich ist: „Ich hoffe, dass wir im Laufe des Jahres die Geschäfte mit einem passenden Branchenmix voll bekommen.“ Dann passt auch der neue Slogan von Pöchlarn: „Eine alte Stadt voll Leben.“

Genau das will der Landeshauptmann auch in den vier Pilotgemeinden Dürnstein, Pernitz, Zistersdorf und Markersdorf-Haindorf erreichen. Das Land stellt dafür jeweils 100.000 Euro zur Verfügung. Der Prozess wird in den kommenden vier Jahren von der Dorf- und Stadterneuerung begleitet. „Mit der Belebung der Zentren wird auch die Lebensqualität und die Kommunikation in den Gemeinden wieder erhöht und deren Infrastruktur besser genutzt werden“, so Pröll.

Als Instrumente für dieses Ziel sollen Förderungen für Nahversorger bzw. Wohnbauförderungen neue Anreize schaffen. Mit der Raumordnung sollen weitere Einkaufszentren den Stadträndern unterbunden werden. Vor allem aber braucht das Projekt Zeit. „Denn es muss auch ein Umdenkprozess in der Bevölkerung passieren“, betont Pröll.

Lehrlings-Parlament. 96 Lehrlinge aus ganz Österreich – darunter 20 aus NÖ – nahmen im Rahmen des ersten Lehrlingsparlaments im Hohen Haus in Wien die Abgeordnetenplätze im Plenarsaal des Nationalrats ein. Den Vorsitz in der Plenarsitzung führte Bundesrats-Präsidentin Sonja Zwazl (Foto), die an die Lehrlinge appellierte, sich auch künftig politisch zu engagieren. Beraten wurde von den Lehrlingen unter anderem über betriebliche Leitfäden zu Rechten und Pflichten für Ausbilderbetriebe und Lehrlinge. *Foto: Zinner*

Penz beharrt auf Kritik an Rechnungshof

Antwortschreiben | Aufforderung zu mehr Sachlichkeit an Präsident Moser.

Jetzt liegt der nächste Brief von ÖVP-Landtagspräsident Hans Penz auf dem Tisch von Rechnungshofpräsident Josef Moser. Ausgelöst wurde dieses briefliche Ping-Pong-Spiel durch einen Bericht über die Gebarung der Stadtgemeinde Tulln. Penz hatte den Bericht wegen der Fokussierung auf den jetzigen Bürgermeister von Tulln ins Visier genommen. Das stünde dem Rechnungshof nicht zu. Präsident Josef Moser konterte, dass das auch im Fall Schwechat passiert sei.

Präsident Hans Penz: Neuerlicher Brief an den Rechnungshof. *Foto: zVg*

Weswegen Penz erneut einen Brief verfasste und den Vergleich als unzulässig darstellte. Er verwies außerdem auch darauf, dass in Berichten zu Krems und Korneuburg so eine Personalisierung im Bericht auch nicht vorgekommen sei. Im Bereich des Bundes sei das schon gar nicht der Fall.

Zitat aus dem Brief: „Im Sinn seiner eigenen Strategie „Prüfen und Beraten“ möge der Rechnungshof seine Gemeindeberichte wieder konsequent auf „fundierte, überzeugende und umsetzbare Empfehlungen und kompetente Beratung“ sowie auf die „Aufnahme der Positionen der überprüften Stellen in das Prüfungsergebnis, um Vorverurteilungen hintanzuhalten und faktisch die Stellungnahmefrist zu verkürzen“ ausrichten.“ Die Zitate im Zitat stammen aus dem Strategiepapier des Rechnungshofes.